Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben

Erfurt, 13.06.2025

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben am 21.05.2025

Sitzungsort:	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	17:50 Uhr
Anwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Abwesende Mitglieder des Ausschusses:	Siehe Anwesenheitsliste
Sitzungsleiter:	Herr Panse
Schriftführer/in:	[redacted]

Tagesordnung:

I.	Öffentlicher Teil	Drucksachen-Nummer
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 26.03.2025	1170/25
5.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
5.1.	Kommunale Verpackungssteuer BE: Vertreter der Fraktion Die Linke hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater	1175/25

5.2.	Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater	1176/25
5.3.	Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmenpotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und Schulessen BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater	1179/25
6.	Festlegungen des Ausschusses	
6.1.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FLRV vom 26.03.2025 zum TOP 6.5 – Drucksache 0532/25 – Transparenz in Vergabeverfahren BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit	0931/25
6.2.	Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FLRV vom 26.03.2025 zum TOP 8.1 – Drucksache 2519/24 – Informationen zur Haushaltsdurchführung 2025 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	0933/25
7.	Informationen	
7.1.	Mündliche Informationen	
7.2.	Information zum Sachstand der Umsetzung von Haushaltbegleitbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2024/2025 (Beschluss StR 2436/23); hier: Nr. 41 BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement	0950/25
7.3.	Genehmigung 1. Nachtragshaushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2025 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	1142/25
7.4.	Sonstige Informationen	

I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-Nummer

1. Eröffnung und Begrüßung

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Panse (Fraktion CDU), wurde die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben eröffnet. Er begrüßte alle anwesenden Ausschussmitglieder und stellte die form- sowie fristgemäß Einladung gem. § 35 (2) ThürKO fest. Zum Beginn der Sitzung waren 10 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

2. Änderungen zur Tagesordnung

Durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Panse (Fraktion CDU), wurde der Vorschlag unterbreitet, die öffentlichen Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.3:

- 1175/25 - Kommunale Verpackungssteuer (Einreicher Fraktion Die Linke)
- 1176/25 - Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt (Einreicher Fraktionen SPD & PIRATEN und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
- 1179/25 - Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmenpotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und Schulessen (Einreicher BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN),

aufgrund des thematischen Zusammenhangs gemeinsam zu behandeln und die Abstimmung im Anschluss getrennt durchzuführen. Es erhob sich kein Widerspruch gegen die Vorgehensweise. Nachdem auf Nachfragen des Ausschussvorsitzenden keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung gestellt wurden, bat er die Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung über die geänderte Tagesordnung:

geändert
Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

3. Dringliche Angelegenheiten

Die Behandlung dringlicher Angelegenheiten war nicht erforderlich.

4. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung vom 26.03.2025

1170/25

Es wurden weder mündliche noch schriftliche Einwände gegen die Niederschrift erhoben.

genehmigt Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0

5. Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates

5.1. Kommunale Verpackungssteuer 1175/25
BE: Vertreter der Fraktion Die Linke
hinzugezogen:
Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

Unter dem Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung – stimmten die Ausschussmitglieder, aufgrund des thematischen Zusammenhangs, einer gemeinsamen Beratung dieses Tagesordnungspunktes und den nachstehenden Tagesordnungspunkten zu:

- Drucksache 1176/25 – Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt (Einreicher Fraktionen SPD & PIRATEN, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

und

- Drucksache 1179/25 – Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmenpotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und Schulessen (Einreicher BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Unter der Bezugnahme auf die Stellungnahmen der Verwaltung erinnerte der Ausschussvorsitzende, Herr Panse (Fraktion CDU), an die Vorgehensweise zur Einführung einer Kulturabgabe bzw. der sog. „Bettensteuer“. Hier habe man im Vorfeld eine Zuarbeit der Betroffenen erbeten, um einen Gesamtüberblick hinsichtlich der Befürworter und Kritiker zu erlangen und im Rahmen einer Anhörung eine Auswertung der Stellungnahmen vorgenommen. Vor diesem Hintergrund sei es nach Ansicht des Ausschussvorsitzenden ggf. ratsam die Angelegenheit zu vertagen, um eventuelle Stellungnahmen abzufordern und auszuwerten.

Hierzu entgegnete Herr Warnecke, Fraktion SPD & PIRATEN, dass eine Anhörung nicht unbedingt zielführend sei. Vielmehr wäre es empfehlenswert der Verwaltung einen Prüfauftrag zur Erstellung eines Satzungsentwurfs zu erteilen. Diese Einschätzung wurde ebenso von Herrn Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) geteilt.

Der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herr Linnert gab am Beispiel von Tübingen zu Bedenken, dass hier bereits sehr umfangreiche, detaillierte Materialen vorlägen, welche sich aber individuell an den Begebenheiten des Ortes orientieren würden. Des Weiteren könne man leider auch nicht auf eine Mustersatzung zurückgreifen. Nach Ansicht des Beigeordneten wäre es hilfreich und vernünftig noch einige Monate abzuwarten, bis hinreichende Daten anderer Pilotprojekte vorliegen. So z. B. könne in ca. 6 Monaten mit einer entsprechenden Datenerhebung der Stadt Freiburg gerechnet werden. Zudem gäbe es bereits Kommunen, welche die Einführung abgelehnt haben. Die kreisfreie Stadt Halle hat sich gegen die Erhebung einer Verpackungssteuer entschieden, da mit Einnahmen von lediglich 300.000 Euro gerechnet wurden. Hingegen wurden durch den Deutschen

Städtebund Hochrechnungen bei vergleichbaren Städten, wie der Landeshauptstadt Erfurt, veröffentlicht, nach welchen mit von Steuereinnahmen von rund 600.000 Euro zu rechnen wäre. Andere Prognosen gehen indes von Erlösen bis zu 900.000 – 1.000.000 Euro aus. Gerade vor dem Hintergrund der sehr unterschiedlichen Schätzungen, ist eine Erhebung für die Landeshauptstadt Erfurt nach derzeitigen Stand mangels vorliegender Parameter (u. a. wie viele Unternehmen existieren, wie viele Unternehmen wären betroffen etc.), nicht möglich und eine Erhebung kann auch nicht in der vorgegebenen Zeit vorgelegt werden. Somit bestünde die Möglichkeit z. B. die Zahlen aus den Städten Tübingen, Freiburg oder Konstanz heranzuziehen oder die Satzung aus Tübingen individuell auf die Anforderungen der Landeshauptstadt Erfurt umzugestalten.

Herr Grenzdörffer, Fraktion SPD & PIRATEN, teilte die Ansicht, die Erfahrungswerte anderer Kommunen abzuwarten, gerade wenn die Lenkungsregelungen noch nicht abschließend konkretisiert seien.

Einigkeit bestand demgegenüber beim Ziel der Vorlagen, die Belastung des öffentlichen Raums zu reduzieren, fasste Herr Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt) zusammen. Offensichtlich liege das Kernproblem bei der Umsetzung einer solchen Richtlinie, schloss Herr Prechtl seine Ausführungen hab.

Im Namen der Fraktion CDU entgegnete Herr Panse, dass zum jetzigen Zeitpunkt bestimmte Punkte durch die Fraktion CDU nicht tragbar seien und keine Unterstützung finden werden. Herr Dr. Weißkopf ergänzte, dass die Prüfauftrage grundlegend offener formuliert werden müssten und daneben auch in Betracht gezogen werden sollte, dass abschließend durch den Thüringer Rechnungshof hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit fehlende Nachweise gerügt werden könnten. Durch Herrn Panse wurde nochmals der Vorschlag unterbreitet Betroffene Händler einzubinden, diesen die unterschiedlichen Vorlagen zukommen zu lassen und Stellungnahmen zu erbeten oder im Rahmen eines gemeinsam erstellten Fragenkatalogs alle notwendigen Punkte zu beleuchten und zudem festzulegen, wer genau die aufgeworfenen Fragen beantworten sollte.

Aufgrund der vorgetragenen Standpunkte beantragte Herr Robeck eine Sitzungsunterbrechung, um die weitere Vorgehensweise mit den einreichenden Fraktionsvertretern zu beraten. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch und die Sitzung wurde unterbrochen.

Nach Wiederaufruf der Drucksache wurde die Sitzung fortgesetzt und Herr Robeck teilte folgendes mit:

Durch die einreichenden Fraktionen werde gemeinsam eine Vertagung aller Drucksachen beantragt. Er bedankte sich für die Anregungen und richtete eine Einladung an die Vertreter der Fraktion CDU wegen der Änderung des Antrags hinsichtlich Bildung einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe, welche die Anhörung vorbereiten könne, bis zur kommenden Sitzung des Ausschusses am 18.06.2025.

Der Ausschussvorsitzende fasste den gemeinsamen mündlichen Antrag nochmals zusammen und bat die stimmberechtigten Mitglieder über die Vertagung zu votieren. Im Ergeb-

nis der Beratung einigte sich der Ausschuss mit nachstehendem Ergebnis auf eine Vertagung aller Angelegenheiten:

vertagt
Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

5.2.	**Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt** **BE: Vertreter der Fraktionen SPD & PIRATEN, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt** **hinzugezogen:** **Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater**	**1176/25**

Unter dem Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung – stimmten die Ausschussmitglieder, aufgrund des thematischen Zusammenhangs, einer gemeinsamen Beratung dieses Tagesordnungspunktes und den nachstehenden Tagesordnungspunkten zu:

- Drucksache 1175/25 – Kommunale Verpackungssteuer (Einreicher Fraktion Die Linke)

und

- Drucksache 1179/25 – Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmenpotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und Schulessen (Einreicher BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Im Ergebnis der Beratung einigte sich der Ausschuss mit nachstehendem Ergebnis auf eine Vertagung aller Angelegenheiten:

vertagt
Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

5.3.	**Kommunale Verpackungssteuer sozial gerecht: Einnahmenpotenziale für Preise und Qualität bei KiGa- und Schulessen** **BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** **hinzugezogen:** **Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater**	**1179/25**

Unter dem Tagesordnungspunkt 2 – Änderungen zur Tagesordnung – stimmten die Ausschussmitglieder, aufgrund des thematischen Zusammenhangs, einer gemeinsamen Beratung dieses Tagesordnungspunktes und den nachstehenden Tagesordnungspunkten zu:

- Drucksache 1175/25 – Kommunale Verpackungssteuer (Einreicher Fraktion Die Linke)

und

- Drucksache 1176/25 – Einführung einer Kommunalen Verpackungssteuer in der Landeshauptstadt Erfurt (Einreicher Fraktionen SPD & PIRATEN, Mehrwertstadt und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Im Ergebnis der Beratung einigte sich der Ausschuss mit nachstehendem Ergebnis auf eine Vertagung aller Angelegenheiten:

vertagt
Ja 10 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0

6. Festlegungen des Ausschusses

6.1. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FLRV vom 26.03.2025 zum TOP 6.5 – Drucksache 0532/25 – Transparenz in Vergabeverfahren
0931/25

BE: Bürgermeisterin und Beigeordnete für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit

Grundlegend sei die Stellungnahme zu knapp ausgefallen, kritisierte Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) die seiner Ansicht nach als Feedback zu bewertende Beantwortung der Festlegung. Aufgrund der fachlichen Zuständigkeit des Dezernates für Sicherheit, Bürgerservice und Gesundheit, wäre eine intensivere Thematisierung im zuständigen Fachausschuss öffentliche Ordnung, Sicherheit und Ortsteile scheinbar zielführender.

zur Kenntnis genommen

6.2. Festlegung aus der öffentlichen Sitzung des FLRV vom 26.03.2025 zum TOP 8.1 – Drucksache 2519/24 – Informationen zur Haushaltsdurchführung 2025
0933/25

BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Die Festlegung wurde durch die Ausschussmitglieder

zur Kenntnis genommen

7. Informationen

7.1. Mündliche Informationen

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

7.2. Information zum Sachstand der Umsetzung von Haushaltbegleitbeschlüsse zur Haushaltsplanung 2024/2025 (Beschluss StR 2436/23); hier: Nr. 41 — 0950/25

BE: Leiter des Amtes für Gebäudemanagement

Durch Herrn Prechtl (Fraktion Mehrwertstadt), wurde der Vorschlag unterbreitet, dass eine quartalsweise Vorstellung des aktuellen Sachstands in tabellarischer Form zum Umsetzungsstands der Begleitanträge hilfreich sei. Hierzu entgegnete Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater (02), dass gerade wegen unterschiedlich laufender Fristen eine solche Darstellung kaum ableuchtbar sei. Hierzu ergänzte der Referent des Fachdezernats 02, dass die Sachstandsmitteilungen zum Umsetzungstand nicht allein in der Verantwortung des Dezernates 02 liegen, sondern alle Dezernate ihre fachspezifischen Begleitanträge überwachen müssen und die Alleinverantwortung nicht beim Finanzdezernat liegt. Nach Ansicht von Herrn Prechtl, obliege jedoch dem Fachausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben das Controlling hinsichtlich der Haushaltsbegleitanträge. Hierzu erinnerte der Beigeordnete sowie der Ausschussvorsitzende, Herr Panse (Fraktion CDU), dass diese Fragestellung eine Geschäftsordnungsdiskussion darstelle und hierfür beim Finanzausschuss keine Beschlussbefugnis obliege.

Herr Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) regte an der Verwaltung den Auftrag zu erteilen einen Vorschlag zu unterbreiten, wie ggf. zukünftig ein Controlling hinsichtlich des Umsetzungsstandes der Begleitanträge erfolgen könnte. Der Ausschuss einigte sich somit auf die nachstehende Festlegung:

Drucksache 1468/25	Es wird die Unterbreitung eines Vorschlags durch die Verwaltung erbeten, wie der Ausschuss zukünftig und kontinuierlich über den Bearbeitungsstand der Begleitanträge informiert werden kann, um eine dauerhafte Controlling-Ebene einzuführen. T: 18.06.2025 V: Beigeordneter für Finanzen, Beteiligungen und Theater

zur Kenntnis genommen

7.3. Genehmigung 1. Nachtragshaushaltssatzung nebst Anlagen für das Haushaltsjahr 2025 — 1142/25

BE: Leiterin der Stadtkämmerei

Hinsichtlich der Nachfragen zum Sachstand den Dauerausschreibungen der Ausländerbehörde durch Herrn Robeck (Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN), entgegnete der Beigeordnete für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herr Linnert, dass dies eine Angelegenheit des Zuständigkeitsbereichs des Hauptausschusses (Personalangelegenheiten) betrifft.

zur Kenntnis genommen

7.4. Sonstige Informationen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Panse (Fraktion CDU), erkundigte sich beim Beigeordneten für Finanzen, Beteiligungen und Theater, Herrn Linnert, wann mit einer Steuerschätzung gerechnet werden könne. Hierzu erklärte Herr Linnert, dass für die Landeshauptstadt Erfurt noch keine Zahlen vorliegen und sich gerade die Erhebung der Gewerbesteuereinnahmen schwierig gestalte. Im Hinblick auf die Hochschätzungen des Bundes, runtergerechnet auf eine Großstadt wie Erfurt, nannte der Beigeordnete eine fiktive Einnahmenhöhe, betonte jedoch, dass die Schätzung durchaus geringer ausfallen könnte. Er stellte in Aussicht, dass ggf. in der kommenden Sitzung eine Schätzung der Gewerbesteuereinnahmen vorgestellt werden könne.

Nachdem keine weiteren Informationen aus den Geschäftsbereich des Dezernates vorlagen, beendete der Ausschussvorsitzende die öffentliche Sitzung des Ausschusses. Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Panse	gez. [redacted]
Vorsitzender	Schriftführer/in